

UNI OLDENBURG

Neue Telefonnummer
798 - 1

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 73041, Telex 25655 unol d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Karin Wolf, Verlag, Druck und Anzeigenverwaltung Littmann Druck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798 - 1

14/79
19. Oktober

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck mit Rücksprache mit der Redaktion. (Der Gründungsausschuss, das Konzil und der Senat haben einstimmig beschlossen, daß die Universität den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität führt. Der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst hat sich der Führung dieses Namens durch die Universität Oldenburg bisher widersetzt.)

Nach Weißbachs Erfolg:

Wissenschaftsminister zieht vor Oberverwaltungsgericht

Harte Kritik Rolf Bergers an der Landesregierung

Die Aussichten, daß das Konzil der Universität Oldenburg in absehbarer Zeit einen Präsidenten wählen kann, werden immer schlechter. Der Rücktritt Dr. Rolf Bergers von seiner Kandidatur und die bisherige Weigerung des Wissenschaftsministers, nach dem Beschluß des Verwaltungsgerichts Oldenburg einzulernen und Dr. Jürgen Weißbach als Präsidentenbewerber zuzulassen, haben die Universität vor eine Situation gestellt, die allgemeine Ratlosigkeit ausgelöst hat. Eine Lösung des Problems zeichnet sich nicht ab.

Der ehemalige Ministerialdirekt im Bundesforschungsministerium und ausgeschiedene Präsident der Technischen Universität Berlin, Rolf Berger, ging in seiner Begründung für den Rücktritt von der Kandidatur mit der Landesregierung hart ins Gericht. Wörtlich erklärte Berger: „Vor allem das Verhalten der Landesregierung zeigt neben politischem Dilettantismus und bürokratischer Entschiedenheit ein so gestörtes Verhältnis zwischen Hochschule und Staat, daß die Leitung einer Universität in diesem Land keine Anziehungskraft auf mich ausübt.“

Berger entschied sich zu einem Zeitpunkt zum Rücktritt, als klar geworden war, daß Minister Professor Eduard Pestel gegenüber dem Präsidentschaftskandidaten Dr. Jürgen Weißbach eine harte Linie einschlagen würde. Er legte gegen den Beschluß des Verwaltungsgerichts Oldenburg Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg ein. Das Oldenburger Gericht hatte, wie bereits berichtet, auf Antrag des abgewiesenen Präsidentschaftsbewerbers dem Minister per einstweiliger Anordnung untersagt, einen Präsidenten für die Universität zu Lenennen, bis im Hauptverfahren geklärt ist, ob der Theologe und derzeitige Leiter der Kontaktstelle für wissenschaftliche



Weißbach

Weiterbildung Weißbach über die Qualifikation für das Präsidentenamt nach den Bestimmungen des Hochschulgesetzes verfügt. Nach Meinung der Richter kann ein Erfolg Weißbachs dabei keineswegs ausgeschlossen werden. Mit einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg über die Beschwerde wird vor Weihnachten gerechnet.

Professor Hans-Dietrich Raapke vom Minister ernannter Interimspräsident der Universität, hat gegenüber der Presse im Zusammenhang nochmals seiner Hoffnung Ausdruck verliehen, daß der Minister seine bisherige Entscheidung überprüfen könnte. Er betonte, daß kein Zweifel daran bestehe, daß der Rücktritt Bergers von der Bewerbung eine Folge der Ereignisse im Zusammenhang mit der Präsidentschaftswahl sei, die von der Universität Oldenburg als sehr belastend empfunden werde.

Aus dem Ministerium ist dazu zu hören, daß es gar nicht mehr um die Person Weißbachs gehe, sondern mehr darum, eine Grundsatzentscheidung herbeizuführen, die aufzeige, wie das Niedersächsische Hochschulgesetz im Hinblick auf die Zulassung der Präsidentschaftsbewerber ausgelegt werden müsse. Das Ministerium möchte dabei offensichtlich eine möglichst restriktive Auslegung erreichen, die sich allein an der formalen Qualifikation der Bewerber orientiert. Diese Auffassung wird zu-

mindest vom Oldenburger Gericht nicht geteilt, das in seiner Begründung für den Beschluß besonders auf die inhaltlichen Aspekte der Tätigkeit von Weißbach eingegangen ist und daher zum Schluß kam, daß Weißbach im Hauptverfahren sehr wohl obsiegen könnte. Wenn auch das OVG diese Position teilt, wird das Ministerium kaum noch seine Verweigerungsstrategie legitimieren können. gh

Prüfungstermine

Die mündlichen Prüfungen im Bereich der ELAB finden im Sommersemester 1980 in zwei Prüfungszeiträumen statt:

1. Prüfungszeitraum: 8. - 25. April
 2. Prüfungszeitraum: 7. - 25. Juli
- Meldetermin für beide Prüfungszeiträume: 14. Januar 1980 bis 15. Februar 1980. Meldeunterlagen liegen ab 8. Januar 1980 beim Pförtner der Universität aus.

Prüfungsrecht für Assistenten

Mit dem Prüfungsrecht für Assistenten will sich auf seiner nächsten Sitzung der Senat ausführlich befassen. Dafür liegt ein Beschluß des Fachbereichsrates II vor, der dieses Recht für Assistenten nicht zuletzt wegen der viel zu starken Belastung der prüfungsberechtigten Hochschullehrer und Akademischen Räte fordert. Die Fachschaft Arbeitslehre/Polytechnik hat den Kultusminister bereits in einem Schreiben darauf hingewiesen, daß in ihrem Bereich die Abnahme der theoretischen Prüfungen für das Wintersemester 1979/80 gefährdet sei: Von nur fünf prüfungsberechtigten Hochschullehrern sei einer für Forschungsvorhaben freigestellt, die übrigen vier seien durch unterrichtspraktische Betreuung und Prüfungen außerordentlich belastet.

Bürgerverein nahm Wissenschaftsminister aufs Korn



„Altgeselle Pestel“ wurde beim Umzug zum Kramermarkt 1979 vom Bürgerverein Haarentor-Wechloy aufs Korn genommen. Der attraktive Wagen karikierte die Hochschulpolitik des Ministers: Während die Landeshauptstadt wohl versorgt wird, muß sich die Region mit dem kleinsten Stück der Universitäts-Torte begnügen. Foto: NWZ

„Stiller Sieg“ für die Studenten

Die Hamburger Wochenzeitschrift „Die Zeit“ sprach von einem „stillen Sieg“ und meinte damit den erfolgreichen Kampf insbesondere der Studenten gegen die Regelstudienzeit. Zwar ist die Regelstudienzeit nicht abgeschafft, doch wer sie überschreitet, hat nicht mehr die Zwangsexmatrikulation zu befürchten. Nachdem der Bundesrat die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) - mit Ausnahme Bayerns verabschiedet hat, wird auch mit der Zustimmung des Bundestages fest gerechnet. Entsprechend wird sich die Gesetzesänderung - so kündigte es auch Wissenschaftsminister Professor Eduard Pestel an - auch in den Landesgesetzen niederschlagen. Pestel wies allerdings darauf hin, daß sich der Landesgesetzgeber dabei zu überlegen habe, ob es wirklich richtig sei, auf jegliche Sanktionen gegen überlange Studienzeit zu verzichten. Denn dieses wäre ein Akademikerprivileg, für das es in anderen Ausbildungsbereichen kein Beispiel gäbe. gh

115 Teilnehmer aus sieben Ländern

115 Teilnehmer aus sieben Ländern nahmen an der 49. Jahresversammlung der Paläontologischen Gesellschaft vom 30. September bis 3. Oktober 1979 in der Oldenburger Universität teil. Der Preis für die beste Ausstellung ging an die Arbeitsgruppe Geomikrobiologie in Oldenburg für ein Poster, das die Bedeutung der Cyanobakterien für den Gasaustausch in Sedimenten darstellt. Der Initiator der Veranstaltung, Professor Krumben, dankte den Mitarbeitern der Universität für ihre Unterstützung.

Sport-Symposium

Am 26. und 27. Oktober findet an der Universität Oldenburg ein Symposium zum Thema „Professionalisierung und Organisationsstrukturen im Sport“ statt. Daran teilnehmen werden etwa 30 Wissenschaftler aus dem Bundesgebiet, die sich mit Fragen der Sportssoziologie beschäftigen.

Wasserverschmutzung mit Laserstrahl auf der Spur

Fernerkundungsverfahren für Meeresforschung vor der Insel Helgoland per Hubschrauber erfolgreich erprobt

Mit dem Hubschrauber erprobte eine Physiker-Gruppe unter der Leitung von Professor Dr. Joachim Luther

vor Helgoland jetzt erfolgreich ein neues Verfahren zur Untersuchung von Gewässerzuständen im Oberflä-

chenbereich. Im Gegensatz zu vergleichbaren Meßsystemen, die in der Meeresforschung von Bojen und Schiffen eingesetzt werden, messen die Oldenburger Wissenschaftler, zu denen auch der Diplom-Physiker Ulrich Gehlhaar, Kurt Günther, Albert Klein und Dieter Mach gehören, die Verbreitung von Algen und Ölen „berührungslos“ aus der Luft.

Bei dem Helgoländer Experiment wurde jedoch nicht mit umweltverschmutzendem Öl gearbeitet, sondern mit Rhodamin, einem Markierungsfarbstoff, der zur Untersuchung von Strömungsvorgängen im Meer eingesetzt wird. Der Oldenburger Arbeitsgruppe gelang es, bei einer Flughöhe um 100 Meter die Farbstoffe sogar noch bei einem Verdünnungsgrad von 1:1 Milliarde sicher zu erfassen. Nach Plänen der Oldenburger Wis-

senschaftler soll das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Verfahren besonders für die Untersuchung von Ölen und Algen verbessert werden, weil den Meeren einmal große Gefahren durch die anwachsende Ölverunreinigung droht, andererseits die Algenkonzentration Aufschluß über die Gewässerqualität gibt.

Gerade der Einsatz aus der Luft ermöglicht schnellere und großflächigere Untersuchungen - auch in Katastrophenfällen: Aus dem Hubschrauber werden mit Hilfe von Lasern intensive Lichtpulse auf die Wasseroberfläche „geschossen“. Stoffe wie Chlorophyll, der grüne Farbstoff der Algen, oder Öl werfen einen Teil des Lichtes in einer anderen Farbe zurück. Er wird mit einem Teleskopsystem aufgefangen und elektronisch nachgewiesen. Aus der Stärke der

Lichtsignale kann auf die Konzentration der zu untersuchenden Stoffe an der Meeresoberfläche geschlossen werden.

Grundordnung weiterhin gültig

Professor Hans-Dietrich Raapke, Beauftragter des Ministers für die Wahrnehmung der Aufgaben des Präsidenten, hat in einem Brief an die Dekane ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Grundordnung der Universität, soweit sie nicht den Bestimmungen des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) entgegensteht, weiterhin Gültigkeit besitzt. Dies gelte insbesondere auch für das Fortbestehen der Studienkommissionen auf Fachbereichsebene, die gem. § 65,2 der Grundordnung vorgeschrieben sind.



Vollhepackt mit Instrumenten startete der Hubschrauber von der Insel Helgoland

Studienreform:

Verabschiedete Grundsätze ein „tragfähiger Kompromiß“

Als tragfähigen Kompromiß, „der unsere Position auffängt“, hat der ehemalige Rektor der Universität Oldenburg, Professor Dr. Rainer Krüger, die Ende September von der Zentralen Studienreformkommission auf Bundesebene verabschiedeten „Grundsätze für Studium und Prüfungen“ bezeichnet. Krüger ist Mitglied dieser Kommission und hatte Anfang des Jahres zusammen mit dem Berliner Assistenten Achaz von Müller ein Grundsatzpapier vorgelegt, das von den SPD/FDP-regierten Ländern akzeptiert, von den CDU-Regierungen jedoch heftig kritisiert worden war (siehe dokumente materialien Nr. 16).

Nach mehreren Verhandlungsrunden einigten sich die Kommissionsmitglieder - je elf Universitäts- und Staatsvertreter - auf die jetzt verabschiedeten Grundsätze. Lediglich der Staatsvertreter Bayerns stimmte dagegen.

Nach Auffassung von Krüger sind die von ihm und Achaz von Müller formulierten Ziele „relativ weitgehend“ anwendbar geblieben. Zwar entsprechen die gesellschaftliche Einbindung der Bildungspolitik in dem neuen Papier nicht ihrer und der Position der Gewerkschaften, jedoch müsse man sehen, daß reformierte Studiengänge in Inhalt und Form als gleichwertige Alternativen zu den traditionellen Studiengängen betrachtet wurden. Dies sei besonders wichtig im Hinblick auf das Projektstudium und die Praxisorientierung an der Universität Oldenburg.

In einer Stellungnahme würdigte der derzeitige, Vorsitzende der ständigen Kommission, Leitender Regierungsdirektor Dr. Braun, die Verabschiedung der Grundsätze als einen Mark-

stein in der Arbeit der Kommission. Entgegen vielen kritischen Äußerungen sei es bei aller Unterschiedlichkeit der Auffassungen doch gelungen, zwischen Vertretern der Hochschule, des Staates und der Berufspraxis (Gewerkschaften und Arbeitgeber) Einvernehmen über die Ziele und konkrete Schritte der gemeinsamen Arbeit herzustellen.

Grundsätze kurz beschrieben

Im einzelnen befassen sich die Grundsätze für Studium und Prüfungen mit folgenden Themenbereichen:

- 1. Zuständigkeiten und Zusammenarbeit in der Studienreform.** In diesem Teil der Grundsätze wird die gemeinsame Verantwortung von Hochschulen und Staat für die Studienreform sowie die besondere Bedeutung der Mitwirkung von Fachvertretern der Berufspraxis an der Studienreform dargestellt. Insbesondere wird die Verantwortung der einzelnen Hochschulen und des einzelnen Hochschullehrers für Lehre und Studium betont. Studienreform auf überregionaler Ebene hat insbesondere die Gleichwertigkeit einander entsprechender Studienabschlüsse zu gewährleisten, darf jedoch nicht mit dem Ziel der Vereinheitlichung betrieben werden.

- 2. Ausgangslage und Ziele des Studiums.** In ihrer Analyse der Ausgangslage hebt die Ständige Kommission insbesondere auf die ständige Erweiterung des Wissens, den wachsenden Einfluß wissenschaftlicher Erkenntnisse in allen Lebensbereichen sowie auf den Ausbau der Hochschulen ab. Ziel eines jeden Studiums muß nach Auffassung der Ständigen Kommission die Qualifizierung der Studenten sein. Die Stän-

„Albert-Einstein-Universität“ in Ulm?

Stadt und Hochschule warten auf Zustimmung des Nachlaßverwalters

Wenn der Nachlaßverwalter Albert Einsteins, ein amerikanischer Jurist, seine Zustimmung gibt, wird voraussichtlich die Universität Ulm nach dem genialen Physiker benannt. Die Ausichten dafür scheinen gut zu sein, nachdem die in den USA lebende 80jährige Adoptivtochter Einsteins, Margot, nach einem Gespräch mit Vertretern der Stadt Ulm ihre grundsätzliche Zustimmung zur Namensgebung gegeben hat.

Nach Mitteilung der Pressestelle der Universität Ulm, bemüht sich die Hochschule bereits seit Anfang der 70er Jahre bei dem Nachlaßverwalter um die Zustimmung zur Namensgebung. wurde bisher jedoch abgewiesen -



Einstein

nicht zuletzt wohl deshalb, weil Einstein auch nach dem Faschismus keinerlei Beziehungen zu deutschen Institutionen mehr pflegen wollte. 1951 schrieb er dem damaligen Bundespräsidenten Heuss auf dessen Anfrage, ob er dem Orden „Pour le mérite“ wieder beitreten wolle: „Nach dem Massenmord, den die Deutschen an dem jüdischen Volk begangen haben, ist es evident, daß ein selbstbewußter Jude nicht mehr irgendeiner deutschen offiziellen Veranstaltung

oder Institution verbunden sein will.“

Politische Bedenken gegen Einstein, der sich schon in der Weimarer Republik nicht zuletzt durch seine radikal-demokratischen Positionen viele Feinde besonders unter seinen konservativen Kollegen geschaffen hatte, gibt es nach Angaben der Pressestelle in der Universität nicht. Kritisch wird von einigen Wissenschaftlern nur vermerkt, daß der Bezug zu Einstein lediglich darin besteht, daß er in Ulm geboren ist und dort ein Jahr gelebt hat. Wissenschaftlich sei aber die Hochschule noch nicht soweit, sich mit dem Namen des genialen Physikers und Nobelpreisträgers schmücken zu können.

Ausdrückliche Unterstützung erfährt die Universität bei ihren Bemühungen auch von der Stadt, die sich von der Benennung der Hochschule nach Einstein eine Stärkung ihres Renommées verspricht, aber auch in diesem Akt eine Art geistiger Wiedergutmachung sehen möchte. Dazu schreibt allerdings die liberale Ulmer „Südwest-Presse“ in einem Kommentar sehr kritisch: „Die Namensgebung als Akt der Wiedergutmachung? Zu fragen bleibt: Wem würden die Ulmer mit dieser Namensgebung etwas Gutes tun? Nicht Albert Einstein, sondern sich selber! Denn dieser Name würde schmücken...Aber dieser Name

wäre tatsächlich Schall und Rauch. Was, zum Beispiel, haben die Gesezte und Männer, die gegenwärtig in Baden-Württemberg oder Ulm das akademische Leben regulieren und repräsentieren, eigentlich mit Albert Einstein zu tun? An der Universität Ulm war im Sommersemester 1979 kein Raum für Studenten, die - aus akutem Anlaß - eine Vollversammlung veranstalten und Praktiken des Verfassungsschutzes diskutieren wollten, die sie selber betrafen und manch andere Universität betroffen machten. Diese Studenten werden gezwungen, das Ulmer Uni-Gebäude zu verlassen und ihre Diskussion auf die Wiese zu verlegen. Diese Entscheidung war kein Einzelfall, keine bloße Panne.

Wer den Namen Einstein beschwören will, darf den kritischen, wachen Geist nicht verdrängen.“

Daß dies auch vom baden-württembergischen Wissenschaftsministerium so gesehen wird, ist kaum anzunehmen. Dennoch wird mit der Zustimmung zur Namensgebung gerechnet, weil eine negative Entscheidung einen internationalen Skandal mit wesentlich stärkeren Folgen heraufbeschwören würden, als es bei der Ablehnung der Benennung der Oldenburger Universität nach Carl von Ossietzky schon der Fall war. gh

dige Kommission leitet daraus ab, daß die Vermittlung fachlicher Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden, die Verbindung von Wissenschaft und Praxis, die Formen der Lehre und des Studiums keine isolierten Ziele sind.

- 3. Ausgestaltung von Lehre, Studium und Prüfungen.** In diesem Teil des

Grundsatzpapiers ist dargestellt, wie sich die allgemeinen Ziele der Studienreform in einzelnen konkretisieren lassen. Im Vordergrund der Überlegungen stehen die Verbindung von Wissenschaft und Praxis im Studium, ein für den einzelnen Studenten nachvollziehbarer Aufbau des Studiums, in dem vor allem der Stu-

dieneingangsphase die besondere Aufmerksamkeit der Hochschulen gewidmet wird, sowie eine den Zielen des Studiums angepaßte Stoffbegrenzung, die es ermöglicht, ein Lehrangebot zu entwickeln, das für die Studenten innerhalb angemessener Zeit studierbar ist. gh

Wider die Expansion des politisch motivierten „Du“?

Sollen sich Hochschullehrer und Studenten „duzen“? Über diese Frage haben sich der Pädagoge Professor Dr. Christian Salzmann und der Politologe Dr. Rainer Eisfeld in der Zeitung der Universität Osnabrück „betrifft: universität osnabrück“ (huo) auseinandergesetzt. Nachfolgend die beiden Beiträge aus buo 2/79 und 3/79 im Wortlaut:

Auf die Frage eines Professors, ob man sich denn nicht im Rahmen der von ihm durchgeführten Veranstaltung gegenseitig „duzen“ wolle, meldete sich nur ein einziger Student, der darauf bestand, von Professor mit „Sie“ angedredet zu werden, da auch er nicht beabsichtige, den Professor zu „duzen“. Daraufhin die „fortschrittlichen“ Mitstudenten: es sei unfair und unsolidarisch, den Professor auf diese Weise „in die Ecke zu stellen“ und zum „Außenstehers“ zu machen. Studenten und „progressive Profis“ müßten im Kampf gegen reaktionäre Relikte in der Universität zusammenstehen. So geschehen im Jahr 1978 an einer deutschen Universität. Und das ist sicher kein Einzelfall! Es gehört offenbar zum Image der „Fortschrittlichkeit“, Unterschiede in den sozialen Beziehungen zu nivellieren, indem man die solche Unterschiede bezeichnenden Symbole wie das „Sie“ in der Anrede als Ausdruck gesellschaftlicher Repression oder elitärer Di-

nicht mehr zu besuchen. So entledigt man sich unliebsamer Elemente. Man ist fortin für sich und kann sich ungehindert gegenseitig bestätigen, im Besitz des „richtigen Bewußtseins“ zu sein. Hier wird subtile Herrschaft aufgebaut und das von Menschen, die - glaubt man ihren Worten - eigentlich angetreten waren, zwischenmenschliche Herrschaft abzubauen.

Die Erfahrung der letzten Jahre lehrt daß das politisch motivierte „Du“ auch nicht vor staatlichen oder akademischen Prüfungen, nicht vor der universitären Gremienarbeit halmacht. Es wird mit peinlicher Dreistigkeit als Ausdruck „breiter Solidarität“ in den jeweils anstehenden Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen zur Schau gebracht. Das Gespür für feinere situative Unterschiede und Nuancierungen innerhalb zwischenmenschlicher Beziehungen bleibt auf der Strecke. Man kann oder will nicht sehen, daß das „Sie“ als Anrede gerade im Rahmen universitären

Die Anredeform „Sie“ erlaubt, wie jeder weiß, zahlreiche Nuancierungen, von der kalt-abblenden bis zur freundlich-achtungsvollen Distanz; sie schließt deshalb förderliche Beziehungen nicht aus. Dies ist eine Selbstverständlichkeit, sie wird dadurch nicht bedeutungsschwächer, daß Salzmann sie betont. Die gleiche Selbstverständlichkeit gilt aber auch für die Anredeform „Du“: eine große Bandbreite möglicher Nuancen, die auch im öffentlichen Umgang keineswegs bloß die schulterklopfende Kumpelhafigkeit zuläßt. Diese zweite Selbstverständlichkeit unterschlägt Salzmann nicht von ungefähr. Sein vorgefaßtes Urteil verbietet ihm jede wägende Analyse; dafür häufen sich die emotional aufgeladenen Vokabeln: Nivellierung sozialer Unterschiede, allgemeine Verbrüderung, Image der „Fortschrittlichkeit“, peinliche Dreistigkeit. - Eine Diskussion erübrigt sich angesichts einer derart geritzten Polemik. Einer Zurückweisung dagegen bedarf sie, weil noch der krudest zurechtgezimerte Pranger, an den „Linke“ mit der Beschuldigung gestellt werden, Herrschaft auszuüben, leicht auf Beachtung rechnen kann.

Bis zur Studentenbewegung der Jahre nach 1966/67 war die Anrede „Sie“

Damals wie auch gegenwärtig stellt das „Du“ nach meinem Verständnis ein gegenseitiges Angebot im Rahmen eines von Studenten und Hochschullehrern gemeinsam organisierten Lernprozesses dar. Es dient erstens dem Versuch, die einseitige Amtsautorität in den Hintergrund und die gemeinsame (zweifelsohne in der Regel unterschiedliche) Sachautorität in den Vordergrund zu rücken; zweitens dem Bemühen, die gegenseitige Distanz - bezogen auf den gemeinsamen Arbeitsprozeß - zu verringern und die angstreife Diskussion untereinander zu erleichtern; sowie drittens im Bestreben, die eng auf ein Thema bezogenen Grenzen dieses Arbeitsprozesses auch überschreitbar zu machen, emotionale Probleme, Studienschwierigkeiten, hochschul- oder gesellschaftspolitische Fragen jedenfalls grundsätzlich in die Erörterung einbeziehen zu können.

Das sind hochgesteckte Ziele, die deshalb in und an der Wirklichkeit leiden. Die Amtsautorität des Lehrenden tritt für den Lernenden in jeder Prüfung und der damit verbundenen Notengebung zutage; die neue Hochschulgesetzgebung hat die Privilegierung der Professoren im universitären Entscheidungs-

des „Du“ Probleme aufwerfen: was die einen als Chance auffassen, erleben die anderen als ungewohnt, befremdlich oder gar gefährdend. Wer, ob Student oder Lehrender, beim „Sie“ bleiben möchte, muß dies uneingeschränkt und nicht diskriminieren tun können; seine Entscheidung - dies sei eine pure Selbstverständlichkeit - ist ebenso zu respektieren wie der Entschluß zum „Du“ - und umgekehrt. Dennoch können einen Moment lang (auch zwischen Studenten) Aggressionen entstehen, die sich gegen die eine oder andere Seite in der „Sie-/„Du“-Debatte richten. Solche Aggressionen sind bekanntlich in sozialen Situationen immer möglich, wenn die eigenen Gefühle beteiligt sind und noch dazu neues Terrain betreten wird; dem Rechnung tragen heißt schlicht die Existenz gruppendynamischer Vorgänge anerkennen, in die man ungewiehrlich verwickelt ist. Man muß also auf solche Aggressionen vorbereitet sein und gerade als Lehrender versuchen, zu ihrer Bewältigung beizutragen.

Mißlingt der Versuch der sofortigen Bewältigung dennoch, so ist das schlimm- so schlimm wie stets, wenn jemand in einer Gruppe auf Ablehnung stößt -, und umso sorgfältiger muß der Lehrende die eigene künftige Verfahrens-

Wider die Expansion des politisch motivierten „Du“

von Christian Salzmann

stanz denunziert. Studenten, die sich dieser allgemeinen Verbrüderung entziehen wollen, werden als reaktionär, als unsolidarisch oder elitär „entlarvt“. Das politisch motivierte „Du“ wird zu einem Instrument der Vereinheitlichung oder der Abgrenzung. Wer sich nicht vereinnahmen lassen will, wird zum Außenseiter abgestempelt und aus der Gruppe der „fortschrittlich“ Gesinnten ausgeschlossen. Der angeleglich gegen den Professor gerichtete Spieß wird faktisch umgedreht.

Wiederholt haben mir Studenten und Studentinnen gestanden, daß sie dem auf sie ausgeübten sozialen Druck nicht standzuhalten vermochten und es vorzogen, die entsprechende Veranstaltung

Insitution - zumindestens in unserem historischen Kontext - auch entlasten, schonen, versachlichen kann und positive Beziehungen zum Partner wie gegenseitiges Vertrauen, gegenseitige Rücksichtnahme und Achtung keineswegs ausschließt.

Adorno, auf den sich die intellektuelle Linke gern beruft, hat einmal etwas gesagt, worüber nachzudenken sich lohnt: „Um die unbequeme Distanz zwischen besonderen Menschen zu vertuschen, nennen sie sich Bob und Harry, als fungible Mitglieder von teams. Solcher Kommentar bringt die Beziehungen der Menschen auf die Brüderlichkeit des Sportpublikums hinab, die vor der richtigen schützt.“

Wider die Verbreitung politisch motivierten Unfugs

von Rainer Eisfeld

nicht nur zwischen Lehrenden und Lernenden, sondern auch unter den Studenten selbstverständlich. Das sich dann zunächst zwischen Studierenden ausbreitende „Du“ war erstens eine Folge der Erkenntnis, daß man sich im Rahmen eines mehr und mehr anonymen universitären Verwaltungssystems tendenziell ähnlichen Problemen gegenüber sah; sowie zweitens eine Konsequenz der Hoffnung, durch die neue Form der Anrede leichtere Ansprechbarkeit, gegenseitige Verständigung und damit eine „e m e n s a m e“ Bewältigung der erlebten Schwierigkeiten zu fördern. Zwischen Studenten, Assistenten und Professoren wurde das „Du“ dort Brauch, wo man zusammenarbeitete mit dem Ziel, das Ordinarierprinzip im Lehr- wie im Entscheidungsbereich zu ersetzen durch das Gruppen- und Kooperationsprinzip. Das „Du“ war insoweit ein Symbol für den Versuch, einander ohne Amtsautorität gegenüberzutreten und sich gegenüber einer als reformbedürftig verstandenen institutionellen Hierarchie sowie ihren Verfechtern solidarisch zu verhalten.

prozeß gegenüber den anderen Statusgruppen gravierend verstärkt; ein „Du“ mag gelegentlich Illusionen über den Umfang möglicher Solidarität wecken; und selbstverständlich kann, wie fast jedes, auch dieses Verfahren zur undurchdachten Formalität herabsinken. Dies gilt es offenzulegen, zu erörtern und abzuwägen, wenn man am Anfang einer Veranstaltung über die Möglichkeit des „Du“ zwischen Lernenden und Lehrenden diskutiert. Und - dies sei noch einmal betont - auch wenn man sich bewußt für diese Möglichkeit entscheidet, bleibt sie noch ein Hilfsmittel, ein bloßes Angebot für einen freieren Umgang miteinander, das von beiden Seiten erst eingelöst werden muß. Wer hinter diesem stets mühseligen Versuch zur Solidarität nichts wittert als Entfernung „unliebsamer Elemente“, als gegenseitige Bestätigung „richtigen Bewußtseins“, der mag seinem Feindbild nachhängen; treffen seine Pauschalurteile dann die Realität nicht - umso schlimmer natürlich für die Wirklichkeit.

Unter universitären Rahmenbedingungen kann freilich bereits das Angebot

weise reflektieren. Was dann aber im Einzelfall fehlgeschlagen ist, bleibt im Kern trotzdem der Versuch, eine mögliche Gemeinsamkeit der Probleme an der Hochschule auch in der Form des Umgangs anzudeuten. Hierarchischen und distanzierenden Verhaltensweisen soll entgegengekört, Isolierung verringert, Kommunikation gefördert - kurz: Herrschaft soll abgebaut werden. Salzmann stellt diese Tatsache nicht nur auf den Kopf, indem er behauptet, ausgerechnet hier und auf diese Weise werde subtile Herrschaft ausgeübt. Er spart sich auch die Prüfung der Frage, ob nicht andere Orte an der Universität existieren, an denen infolge professioneller Vorrchte Herrschaft tatsächlich und keineswegs subtil ausgeübt wird. Seine Vorgehensweise in dem Beitrag, bar jeden differenzierenden Abstands, ist zunächst einmal ganz einfach unfair; und falls man über diesen Begriff in einer politischen Auseinandersetzung lächeln möchte, sei der Unbillverständlichkeit halber hinzugefügt: Was Salzmann liefert, ist eine krude Argumentation, der auch ein Adorno-Zitat keine Dignität verleiht.

Vorzeitiger ELAB-Abbruch schafft neue Probleme

Die CDU-Fraktion des niedersächsischen Landtages hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach die einphasige Lehrerausbildung im Sekundarbereich II (gymnasiales und Handelslehramt) vorzeitig nach dem SS 1980 abgebrochen werden soll. Studenten aller Lehrämter, die jetzt noch im I. Studienabschnitt sind, sollen wählen können, ob sie ihr Studium ab SS 1980 einphasig oder zweiphasig fortsetzen wollen; der Wechsel soll durch eine Rechtsverordnung des Kultusministers geregelt und erleichtert werden.

(Zur Klarstellung sei darauf hingewiesen, daß - wenn dieses Gesetz verabschiedet wird - jeder Student, der einphasig immatrikuliert wurde, auch sein Studium einphasig fortsetzen und abschließen kann.)

Durch diese Gesetzesinitiative der CDU-Fraktion ist dem Kultusminister die offensichtlich schwierige Entscheidung für einen begründeten Sek-II-Abbruch abgenommen worden. Denn der Abbruch löst keines der gegenwärtigen Probleme der ELAB. Er bringt der Universität eher zusätzliche Probleme, weil nun eine zweiphasige

Ausbildung ohne ausreichenden Planungszeitraum vorbereitet werden muß.

Die Möglichkeit zum Überwechseln schafft den Studenten zwar eine zusätzliche Wahlmöglichkeit, jedoch kann die Universität gegenwärtig aus eigenen Mitteln kein spezifisches Lehrangebot für die Überwechsler bereitstellen. Die Überwechsler wären damit bis zum offiziellen Beginn der zweiphasigen Lehrerausbildung - WS 1980/81 im Sek-II-Bereich, WS 1981/82 im Primar-, Sek-I- und Sonderschulbereich - allein auf das einphasige Lehrangebot verwiesen.

Nachdem der Landtag der Universität bisher keine Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben hat, ist von Professor Raapke, dem Präsidenten-Beauftragten, beim Kultus- und Wissenschaftsminister auf die mit der Überwechsler-Regelung verbundenen Probleme hingewiesen und vorgeschlagen worden, den Wechsel erst vom Beginn der zweiphasigen Ausbildung an zuzulassen und für die Überwechsler zusätzliche Lehrveranstaltungen anzubieten, wofür auch zusätzliche Stellen geschaffen werden müssen. hjo

Glückwünsche für Ossietzky-Schule

Professor Rainer Krüger überbrachte der I. Oberschule in Berlin-Kreuzberg die Glückwünsche der Oldenburger Universität zur Benennung nach Carl von Ossietzky.

Bei einer Festveranstaltung am 5. Oktober betonte Krüger in Anwesenheit von Rosalinde von Ossietzky-Palm, der Tochter des Friedensnobelpreisträgers, die besondere Aktualität des Vermächnisses Ossietzky für die Jugend: „Sind denn die Freiheits- und Grundrechte als freizügiges und chancenreiches Angebot einer glücklichen und humanen Lebensentfaltung der kommenden Generation selbstverständlich gesichert?“

Krüger wies auf die widersprüchliche politische Praxis bei der Benennung öffentlicher Institutionen nach dem Antifaschisten hin: Während die SPD/FDP-Regierung in Berlin dem Namensvorschlag für die Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe zugestimmt habe, hätte eine ebensolche Regierung wie auch eine von der CDU/FDP und allein von der CDU getragene Regierung in Niedersachsen die einmütige Forderung der Universität abgelehnt. Der Schule wünschte Krüger den lebendigen Geist Carl von Ossietzky's.

Der Kommentar



Professor Dr. Wolfgang Schulenberg:
Plädoyer für die Einrichtung von Seminaren und Instituten

Zu den Problemen, die in der Universität seit langem immer wieder angesprochen werden, die aber noch nie offen durchdiskutiert worden sind, gehört die Organisationsstruktur unterhalb der Fachbereiche. Jedem Einsichtigen ist klar, daß die Universität es nicht bei der einfachen Anfangsgliederung mit vier Fachbereichen belassen kann. Zwar gibt es faktisch längst Substrukturen in jedem Fachbereich, die durch Studienkommissionen und informelle Funktionseinheiten dargestellt werden, die aber nicht minder durch Drittmittelprojekte und vor allem durch persönliche Gruppierungen und Fraktionen geprägt sind. Diese Substrukturen sind von schwankender Verbindlichkeit, sie ergeben sich für den einzelnen oft recht willkürlich und bleiben im ganzen schwer durchschaubar. Sie bieten den Wissenschaftlern, insbesondere auch denen, die die Universität künftig gewinnen will, nicht die geordneten Arbeitszusammenhänge und -bedingungen, die für kontinuierliche wissenschaftliche Leistungen nötig sind, und sie erschweren den Außenstehenden jede Übersicht darüber, was an dieser Universität an Wissenschaft betrieben wird und wie und wo die einzelnen Fachgebiete ansprechbar sind.

Seit dem Inkrafttreten des Niedersächsischen Hochschulgesetzes ist das Problem einer klaren Untergliederung unter Zeitdruck geraten. Das Gesetz fordert von der Universität bis zum 31. Dezember 1979 die Vorlage eines Organisationsplanes, der u.a. die Gliederung in Fachbereiche und die Errichtung der wissenschaftlichen Einrichtungen (Seminare und Institute in den Fachbereichen) enthalten muß und der der Genehmigung des Ministers bedarf. Das Gesetz schreibt aber zugleich für die Institute eine Entscheidungsstruktur vor, die in kräftigem Gegensatz zu unseren Mitbestimmungsvorstellungen steht. Die Diskussionen in der Universität beschäftigen sich daher stark mit der Konstruktion von Gegenvorschlägen oder Ersatzlösungen.

Der bisher am stärksten vertretene Gegenvorschlag zielt auf die Bildung von kleineren Fachbereichen, durch die man die Errichtung von Instituten und Seminaren ganz überflüssig zu machen hofft. Diese Hoffnung erweist sich aber schon durch die Bestimmung, daß ein Fachbereich mehrere verwandte oder benachbarte Fachgebiete und mindestens 15 Professorenstellen umfassen soll, als trügerisch. Selbst stark verkleinerte Fachbereiche können keine unmittelbare wissenschaftliche Basisarbeit übernehmen, da sie dafür immer noch zu groß und zu heterogen bleiben. Zudem ist jeder Fachbereich, ob groß oder klein, mit seiner Geschäftsstelle vor allem durch allgemeine Verwaltungsarbeiten ausgelastet und auf die Zentralverwaltung ausgerichtet. Das Konzept der ausschließlichen Verkleinerung der Fachbereiche würde ein überdimensioniertes Verwaltungsnetz zwischen den vielen kleinen Fachbereichen und der Zentralverwaltung erzeugen; die unbedingt nötige Verbesserung der konkreten Arbeitsmöglichkeiten in den Fächern bliebe dabei auf der Strecke. Am Ende hätte die Universität einen Wasserkopf an Ver-

waltungsbürokratie zwischen Fachbereichen und Zentrale, und die ungeliebten Institute würden notwendigerweise nur wenig später doch eingerichtet. Wir sollten daher die Neuordnung der Fachbereiche erst dann vornehmen, wenn über deren Untergliederung Klarheit besteht und konkrete Erfahrungen damit vorliegen. Bis dahin sollte man die eingearbeiteten Fachbereiche nicht zerschlagen (wie kritisch man auch im einzelnen zu ihnen stehen mag).

Von verschiedenen Seiten wird als Ersatz für eine Untergliederung die Bildung von entsprechenden Kommissionen in den Fachbereichen vorgeschlagen. Abgesehen von den Erfahrungen mit der Effizienz vieler Gremien, verfehlen diese Vorschläge die realen Aufgaben einer Untergliederung. Kommissionen können zwar Entscheidungen vorbereiten, aber sie sind schon abgehoben von deren organisatorischer Realisierung. Für viele andere wichtige Aufgaben sind Kommissionen völlig wertlos: Organisation und Unterhaltung von dezentralen Dienstleistungen und Ausstattungen; Vertretung des Fachgebietes innerhalb und außerhalb der Universität; wissenschaftliche Diskussion und Kooperation aller Mitglieder; weitere Qualifizierung der Mitarbeiter durch Organisation der Betreuung und Sicherung der Arbeitsbedingungen; Einführung, Unterstützung und Integration von neu einströmenden Kollegen u.s.w. - Bei nüchterner Überprüfung auf den Ernstfall hin können alle Ersatzlösungen durch Kommissionen sachlich nicht überzeugen. Sie verschieben das Problem nur.

Es gibt in der gegenwärtigen Lage keine realistische Alternative gegenüber der Errichtung von Seminaren und Instituten. Die Lebensfähigkeit einer Universität steht und fällt mit ihrer wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit. Die eigensinnige Hoffnung, die Universität Oldenburg allein könne sich ohne eigene wissenschaftliche Einrichtungen im Konkurrenzkampf gegenüber den alten, vergleichsweise reich ausgestatteten Universitäten behaupten (in denen selbstverständlich niemand ernsthaft die Abschaffung der wissenschaftlichen Einrichtungen fordert), halte ich für nicht zu verantworten.

Es gibt hier und da in der Universität freilich das Kalkül, man könne gestrotzt weiter gegen Institute wettern, der Minister werde sie eh verordnen, und dann könne man sie ja - äußerlich protestierend, innerlich zufrieden - hinnehmen. Ich halte diese Taktik nicht nur für unwürdig, sondern auch für gefährlich. Wir sollten die Errichtung von Seminaren und Instituten jetzt - solange wir die Dinge noch selbst in der Hand haben - nach unseren Vorstellungen planen und vorbereiten. Wir sollten nicht länger Zeit und Kraft auf Vermeidungsstrategien und Tabuisierungen verwenden, sondern intensiv die erheblichen konkreten Probleme angehen - insbesondere auch die Möglichkeiten zur Mitwirkung aller Gruppen in den Einrichtungen. Dafür hat der Grundordnungsausschuß im vergangenen Jahr einige Vorarbeiten geleistet, die aber damals im Konzil wenig Resonanz gefunden haben. Inzwischen haben wir keine Zeit mehr zu verschenken.

„Effizientere Bürokratie“ bedeute mehr Ökonomie in den Hochschulen und damit mehr Handlungsspielraum für die Hochschulen, erklärte der Staatssekretär im Bundeswissenschaftsministerium, Dr. Hermann Granzow, auf einem Kolloquium der Westdeutschen Rektorenkonferenz in Bonn. Er forderte deshalb den „Qualitätssprung im Hochschulmanagement“ und legte „die Anwendung ökonomischer Kriterien in Teilbereichen“ nahe.

2.200 Anträge der niedersächsischen Hochschulen auf Übernahme von wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeitern in Professorenämtern liegen dem Wissenschaftsminister nach einer Pressemitteilung seines Hauses vor. 150 beamtete außerplanmäßige Professoren wurden übernommen, 160 Beamte aus dem Fachhochschulbereich kamen in die neue Besoldungsgruppe C 2.

Kurz notiert

Über den Pädagogischen Austauschdienst der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder werden Stellen in Großbritannien, Frankreich, Spanien, Italien, Belgien und der Republik Irland vermittelt. Tätigkeit: Hilfe im Deutschunterricht an weiterführenden Schulen. Dauer: Herbst 1980 bis Sommer 1981. Bewerbungsunterlagen sind in den Fachbereichen und im Dezernat 3 erhältlich.

70.000 Schüler und Studenten besuchten die zentrale Studienberatung der Universität Saarbrücken zwischen 1973 und 1978. Diese Angabe wurde jetzt vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft veröffentlicht, das die Beratung als Modellversuch ebenso wie das Saarland mit 2,3 Millionen DM finanziert hatte. Am häufigsten besuchten Studienanfänger die Beratung. Probleme der Berufsperspektive nahmen dabei fast den gleichen Rang ein wie Fragen zur Studienplanung.

Biologische Grundlagen für die Primatenhaltung werden in einem neuen Schwerpunktprogramm der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) untersucht. Themengruppen arbeiten zur Genetik, Ernährung, Reproduktion, Ethologie, Ökologie und zu Krankheiten. Interdisziplinäre Zusammenhänge und die Einbeziehung vorhandener Primatenkolonien sollen herangezogen werden. Informationen erteilt das Referat Biologie 3 (Frau Dr. Rosemarie John) der DFG, Kennedyallee 40, 5300 Bonn.

Fall Gross:

Keine Änderung der Haltung des Wissenschaftsministers

Mit einem sieben Seiten langen Schreiben verteidigte Wissenschaftsminister Professor Eduard Pestel (CDU) gegenüber dem Präsidenten der Weltforderation der Wissenschaftler, Professor E.H.S. Burhop, London, die Nichteinstellung des Diplom-Mathematikers Horst-Eckart Gross als wissenschaftlicher Assistent und als Angestellter an der Oldenburger Universität.

Wie das uni-info berichtete, hatte die Vereinigung, die 400 000 Wissenschaftler in 33 Ländern vertritt, die unter anderem bei DPK-Mitglied Gross „praktizierten Berufsverbote“ scharf verurteilt.

In seinem Brief betont Pestel das besondere Dienst- und Treueverhältnis, in dem der Beamte zum Staat in der Bundesrepublik stehe, und hebt hervor, daß diese Forderung ebenfalls für Angestellte gelte, die im wissenschaftlichen Bereich einer Universität arbeiten wollten.

Ausführlich legt der Minister die Einstellungspraxis für den öffentlichen Dienst in Niedersachsen dar: „Zur Prüfung der Verfassungstreue eines

Bewerbers fragt die Einstellungsbehörde beim Minister des Innern an, ob ihm Tatsachen bekannt sind, die Bedenken gegen die beabsichtigte Einstellung begründen. Dieser prüft das ihm vorliegende Material daraufhin, ob in ihm Tatsachen enthalten sind, die gegen die Verfassungstreue des Bewerbers sprechen... Die Überprüfung des Bewerbers auf seine Verfassungstreue hin durch die Verfassungsschutzbehörde ist also eine bloße Karteiüberprüfung.“

Nachdem auch im Falle der Bewerbung von Gross eine Überprüfung vorgenommen worden sei, sei festgestellt worden, daß sich der Bewerber nicht „von den Zielen der Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) distanzieren konnte oder wollte.“ Die DKP wiederum bekenne sich offen zu den Zielen des Marxismus-Leninismus, bejahe erklärtermaßen die Diktatur des Proletariats und halte die UdSSR und die DDR für vorbildlich.

Abschließend bat Pestel um Verständnis für die Einstellungspraxis in der Bundesrepublik und für die Ablehnung von Gross.

Ringvorlesung zur Berufspraxis

In Kooperation mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund veranstalten die Chemiker Professor Dr. Thomas Höpner und Dr. Ulrich Ruschig eine Ringvorlesung zur naturwissenschaftlichen Berufspraxis. In 14 Referaten, die wöchentlich gehalten werden, behandeln Wissenschaftler und Mitarbeiter der Gewerkschaft berufskundliche Fragen, die in der Regel in der Hochschulausbildung unberücksichtigt bleiben. So sollen u.a. Probleme der Tarifpolitik der Mitbestimmung, des Arbeitsschutzes, der Umweltbelastung, der Rationalisierung und der Wehrforschung referiert und diskutiert werden. Die Vorträge, die sich vornehmlich an Studenten der Experimentalwissenschaftler richten, finden jeweils am Dienstag von 14 bis 16 Uhr im AVZ 2-405 statt.

23. Okt. Akademiker in der Industrie: Einstellungs- und Bewerbungsverfahren, Arbeitsverträge, Tarifverträge. E. Linnemann, IG Chemie Hauptverwaltung.

30. Okt. Tarifstruktur im öffent-

lichen Dienst unter Berücksichtigung von Hochschulabsolventen. Dr. F. Bader, Universität Oldenburg.

6. Nov. Tarifpolitik, Tarife und Tarifverfahren am Beispiel der chemischen Industrie. H. Böddener, IG Chemie, Verwaltungsstelle Bremen.

13. Nov. Innerbetriebliche Mitbestimmung und Praxis der Betriebsratsarbeit am Beispiel der Klein- und Mittelindustrie. D. Gröpel, IG Chemie, Verwaltungsstelle Leer.

20. Nov. Struktur, Aufgaben und Arbeit der außerbetrieblichen Arbeitsschutzinstitutionen (z.B. Berufsgenossenschaften). A. Pensky, Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung.

27. Nov. Fach- und Standesorganisationen der experimentellen Naturwissenschaften und ihr Einfluß auf Studium und Forschung. Prof. Dr. Th. Höpner, Universität Oldenburg.

4. Dez. Aufgaben und Möglichkeiten der Gewerbeaufsicht. Dipl.-Ing. S. Hahnfeld, Gewerbeaufsichtamt

Die weitere Folge der Vorträge wird im nächsten uni-info abgedruckt.

Leserbriefe • Leserbrief

Im uni-info 12/79 waren zwei Meldungen zu lesen, die ich nicht unwidersprochen im Raume stehen lassen kann.

Zum einen wurde unter dem Titel „Quasi-Abschaffung der Regelstudienzeit“ auf die geplante Abschaffung der Zwangsexmatrikulation durch den Bundesrat eingegangen. Durch die Überschrift wurde der falsche Eindruck erweckt, die Regelstudienzeit würde de facto abgeschafft. Davon kann keine Rede sein! Es soll zwar die Zwangsexmatrikulation aus dem HRG herausnovelliert werden, die Regelstudienzeit, das Kernstück der Studienformierung aber soll beibehalten werden. Wer sich in diese Richtung Hoffnung machen sollte „befindet sich auf dem Holzweg“ (Berlins Bildungsminister Grotz)!!!

In einem anderen Artikel „BMBW: 42,2% für Jusos und RCDS“ wurden unkritisch falsche Zahlen des BMBW veröffentlicht. So wurden vom BMBW die Ergebnisse der Stupawahlen in Bayern und Baden-Württemberg (so SHB und MSB dominieren) unterschlagen; in diesen Ländern gibt es keine gesetzlich verankerte Verläufe Studentenschaft, trotzdem werden die Studentenvertretungen von den Studenten weiter gewählt und verteidigt. Weiter werden die gewerkschaftlich orientierten Wählerlisten nicht berücksichtigt, diese waren im letzten Semester besonders erfolgreich, und auf ihnen kandidieren MSB-, SHB-Mitglieder und Unorganisierte. Etliche Wahlergebnisse, die für SHB und MSB sehr erfolgreich waren, fielen ebenfalls unter den Tisch.

Tatsächlich beträgt der Anteil der gewerkschaftlich orientierten Fraktion zwischen 25 und 30% und nicht schlappe 15%.

Übrigens sollte man nicht diffamierend von „DKP nahestehenden“ Verbänden sprechen, wenn man gewerk-

schaftliche Orientierung meint. Auch spricht es für sich, den Namen „Jusos“ nur für die Juso-Hochschulgruppe zu benutzen, auch der SHB besteht zum größten Teil aus Jusos!

Peter Stutz
Die im Uni-Info 12/79 abgedruckten Informationen über die Studentenparlamentswahlen unter der Überschrift: „BMBW: 42,2% für Jusos und RCDS“ sind nicht richtig und erwecken einen falschen Eindruck. Der Inhalt des Artikels basiert auf „einer Mitteilung des Wissenschaftsministeriums“, die einer genauen Prüfung nicht standhält. In der „Mitteilung“, bei der es sich um eine vom BMBW veröffentlichte Übersicht über die Stupawahlen im WS 78/79 handelt, wurden die Ergebnisse verschiedener Wahlen erst gar nicht berücksichtigt bzw. die Ergebnisse einzelner Listen einfach „vergessen“:

1. In der Übersicht fehlen die Daten aus Baden-Württemberg und Bayern zu den jeweiligen Studentenparlamentswahlen, was von der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) auch zugestanden wird.
2. Die Pressemitteilung des BMBW erwähnt nicht die starken Wahlerfolge der gewerkschaftlich orientierten Wählerlisten.
3. Die stattgefundenen Wahlen zu den Studentenparlamenten im SS 1979 sind ebenfalls nicht berücksichtigt worden in der Kommentierung des BMBW und somit auch nicht im Uni-Info. Bei fast allen Studentenparlamentswahlen im SS hat der SHB seinen Stimmenanteil enorm ausbauen können.

Die oben erwähnten Fakten erlauben es dem SHB davon zu sprechen, daß in der vom Uni-Info kommentarlos benutzten „Mitteilung des Wissenschaftsministeriums“ mit Zahlen gemogelt wurde und es sich somit um eine zweckgerichtete Wahlauswertung handelt.

Bernd Bischoff

Termine

Montag, 29.10.79, 14.15, D 103. Anhörung „Russische Literatur und ihre Didaktik“. Dr. Wolfgang Eismann (Bochum-Queenberg), Dr. Rainer Grübel (Utrecht), Dr. Andreas Guski (Berlin), Dr. Witold Kośny (Berlin), Dr. Irene Masing-Delic (Darmstadt).

Freitag, 2.11.1979, 14.15, D 103. Anhörung „Russische Literatur und ihre Didaktik“. Dr. Leonore Scheffler (Belgrad), Dr. Peter Scherber (Göttingen), Dr. Herta Schmid (Bochum), Dr. Brigitte Schultze (Göttingen).

Montag, 5.11.79, 9.00, D 103. Anhörung „Betriebswirtschaftslehre“ (Rechnungswesen). Dr. Dieter Rückle (Wien), Prof. Dr. Rudolf Federmann (Hamburg), Dr. Laurenz Lachnit (Dortmund), 12.00-13.00 Pause, Dr. Klaus Peter Franz (Aachen), Prof. Dr. W. F. Fischer-Winkelmann, (Wuppertal), Dr. Karlhein Küting (Marl).

Donnerstag, 8.11.79, 18.30, VG 001. Vortrag von Prof. Dr. Karlwilhelm Stratmann (Ruhr-Universität-Bochum) im Rahmen der Kooperationsveranstaltung zum Thema „Berufsgrundbildungsjahr: Ziele, Entwicklungen, Probleme“.

Mittwoch, 7.11.79, 13.30, AVZ 2-405. Hochschulöffentlicher Habilitationsvortrag von Dr. Joachim Lühring zum Thema „Ideologie und Planung in Tanzania“.

Dienstag, 13.11.1979, 11.00, D 104. Anhörung für die Stelle eines Akademischen Rats für „Sonderpädagogik unter besonderer Berücksichtigung der Probleme verhaltensgestörter Kinder und Jugendlicher“. Hansel (Essen), Witrock (Essen), Gast (Bonn), Grothausmann-Goldkühle (Bochum), Lotz (Meschede), Harzenberg (Bremen).

Personalien • Personalien

Professor Dr. Klaus Brake, Raumplaner im Fachbereich III, hielt sich im September auf Einladung des Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen in der Sowjetunion auf. Colloquien und Besuche in Moskau und bei der Sibirischen Abteilung der Akademie der Wissenschaften und der Akademie für Landwirtschaft in Nowosibirsk dienten dem Austausch von Erfahrungen mit der Anwendung von Wissenschaft auf die Landesentwicklung.

Professor Dr. Wolfgang Krumbin, Geomikrobiologie im Fachbereich IV, hat vom hamburgischen Wissenschaftssenator einen Ruf auf einen Lehrstuhl für Geomikrobiologie an der Technischen Universität Harburg erhalten.

Annegret Neuroth, wissenschaftliche Assistentin im Fachbereich II, nahm auf Einladung der Nationalen Kommission für das Internationale Jahr des Kindes im Oktober in der Universität Frankfurt als Berichterster am Fachkongress „Kunst für Kinder - Ästhetische Erziehung und kulturelle Bildung in Schule und Jugendarbeit“ teil.

Professor Dr. Wolfgang Promies, Germanist im Fachbereich II, hat den Ruf auf den Lehrstuhl für Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft an der Technischen Hochschule Darmstadt angenommen, wo er seine Lehrtätigkeit im WS 1979/80 aufnimmt. Seit 1973 gehörte er dem Lehrkörper der Universität an. Er war der erste Hochschullehrer, der an die neugegründete Universität berufen wurde.

Peter Stutz (SHB), bisher Präsident des Studentenparlaments, ist seit dem 15. September Mitglied im Vorstand der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (Dachverband der Studentenschaften der BRD und

Westberlin). Er ist für die Bereiche Studienreform und Soziales zuständig.

Walter Braukmann wurde als wissenschaftlicher Angestellter im Fachbereich I eingestellt.

Claudia Graszek wurde als Fremdsprachenassistentin im Fachbereich IV eingestellt.

Jürgen Kirchner wurde als wissenschaftlicher Angestellter im Fachbereich IV eingestellt.

Hilde Männich wurde als Angestellte im Schreibdienst im Präsidialamt eingestellt.

Wolfgang Prasse wurde als Bote im Dezernat I eingestellt.

Wolfgang Wende wurde als Bote im Dezernat I eingestellt.

Cornelia Wiechmann wurde als Schreibkraft in der Zentralen Studienberatung eingestellt.

Hartmut Wiesner wurde zum wissenschaftlichen Assistenten für das Fachgebiet „Bildende Künste“ ernannt.

Brigitte Steinfeld wurde als technische Angestellte im Fachbereich IV eingestellt.

Rainer Viehöfer wurde zum Bibliotheksinspektor z.A. in der Bereichsbibliothek IV ernannt.

In der ZETWA eingestellt wurden: **Günter Berndt** als technischer Angestellter, **Gerd Gerdes** als Maschinenbaumeister, **Karl-Heinz Hälsig** als technischer Angestellter, **Wilhelm Jürgens** als Techniker, **Rolf Müller** als technischer Angestellter, **Rolf Quertl** als Techniker, **Dieter Olschewsky** als Arbeiter im allgemeinen mechanischen Bereich, **Andreas Gansse** als Arbeiter im feinmechanischen Bereich, **Ingrid Koch** als technische Angestellte.

AUTOHAUS Büchner V+G
Gebrauchtwagen
 Alle Fabrikate
 Große Auswahl. Und nicht teuer.
 31081
 Donnerschweer Str. 336 · 29 Oldenburg

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium
 *
 In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl

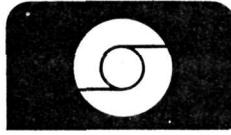
 1871 1971
BUCHHANDLUNG
BÖLTMANN & GERRIETS
 Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01
 Postfach 141

COPIERCENTER OLDENBURG
Annenländer Heerstr. 38 Oldenburg · Tel. 04 41 7 20 25 20 · Fax 044 25 20 20
 Kopien auf Normalpapier DIN A4/A3 in Selbstbedienung
Kopierpreis je Stück 0,10 DM
 ab 500 Kopien je Stück 0,09 DM
 ab 1000 Kopien je Stück 0,08 DM
Schnelldruck-Service
 zum Beispiel 1 Vorlage DIN A4
 Auflage 20 Stück DM 2,50
 Auflage 100 Stück DM 6,50
 Auflage 500 Stück DM 23,50
 Auflage 1000 Stück DM 38,--
 Auflage 2000 Stück DM 68,--

Anna Thye
 Buchhandlung
 Inh. Gottfried Sieler
 Gegr. 1. 9. 1800
 29 OLDENBURG
 Schloßplatz 21 / 22
 Postfach 4780
 Ruf (04 41) 2 52 88


JEANS
 von **Horten**
 Levis · Wrangler · Pioneer · Lols · Sottler

TABULA
BUCHLADEN
IM HERBARTGANG



 Sport und Brille?
 Das Problem wird gelöst mit Kontaktlinsen.
 Informieren Sie sich doch einfach einmal bei uns.
 Vollkommen unverbindlich für Sie.
Optiker Schulz
 für besseres Sehen und Hören
 Achternstraße / Ecke Ritterstraße

Zeitschriften - Bücher
 Berichte und Examensarbeiten
Examensarbeiten-schnelldienst
 Innerhalb 2 Stunden
 Jochen Henckus
 Bibliotheksbuchhandlung
 Edewechter Landstraße 50
 Telefon 50 23 97

SPANHAKE
 aktuell
 an · basteln · basteln · bas
Jeder braucht ein Hobby
Auch Du!
 Bei uns findest Du die Auswahl, um Dir Dein ganz persönliches Hobby auszusuchen.
 Wir bieten über Basteln, Modellbau bis zur Renovierung alles aus einer Hand!
 oldenburg - lange str.


Spedition
Möbeltransport
International
DEUS
 TEL. (04 41) 7 10 01

Wir sind die Bank, die hier zu Hause ist.
 OLDENBURGISCHE LANDESBANK AG
